



Große Einkaufstour

Wirtschaftsmächte aus Asien und Nahost erwerben immer mehr Landnutzungsrechte in armen Ländern

Seit Beginn des vergangenen Jahres sind Vertreter von China, Südkorea, Saudi-Arabien und Kuwait weltweit unterwegs, um sich in anderen Ländern Anbauflächen für Lebensmittel und Biosprit für den heimischen Verbrauch zu sichern. Viele Regierungen begrüßen die zusätzlichen ausländischen Investoren. Den Schaden hat die einheimische Bevölkerung: Bauern verlieren ihr Land und damit die Chance, sich selbst zu versorgen.

Von GRAIN

Die südkoreanische Firma Daewoo Logistics hat sich Ende vergangenen Jahres die Rechte auf 1,3 Millionen Hektar Farmland in Madagaskar gesichert – das ist die Hälfte des fruchtbaren Landes auf der Insel vor der ostafrikanischen Küste. Dort soll Mais für den Export nach Südkorea gepflanzt werden. Dies ist zwar angesichts der riesigen Fläche ein besonders spektakulärer Fall, doch er reiht sich ein in einen globalen Trend: Im Laufe des vergangenen Jahres durch-

kämten China, Südkorea, Japan, Saudi-Arabien, Kuwait und andere Nationen den Erdball auf der Suche nach Flächen, auf denen Nahrungsmittel oder Biokraftstoffe für den heimischen Verbrauch angebaut werden können. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit sind einige der neuen Wirtschaftsmächte im Begriff, die Erde neu aufzuteilen. Ursachen für diese Entwicklung sind die Welternährungskrise und die globale Finanzkrise. Zwei gleichgerichtete Ziele moti-

vieren zwei verschiedene Arten von Aufkäufern. Im einen Fall geht es um die Sicherung der Lebensmittelversorgung. Etliche Länder, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, sind beunruhigt wegen der Verknappung der Angebote. Sie bemühen sich um ein „Outsourcing“ ihrer einheimischen Lebensmittelproduktion, indem sie Ackerland in anderen Ländern kaufen oder pachten. Im anderen Fall stehen finanzielle Vorteile im Mittelpunkt: Vertreter aus dem Finanzsektor und der Lebensmittelindustrie hoffen auf Anbauflächen für Lebensmittel und Biokraftstoff als neue Profitquelle.

Denn das Zusammentreffen von Lebensmittel- und Finanzkrise hat bewirkt, dass Ackerland neuerdings strategische Vorteile verspricht. Vielerorts auf der Welt sind die Lebensmittelpreise hoch und die Preise für Land niedrig. Und die meisten Lösungsansätze für die Lebensmittelkrise drehen sich darum, wie sich auf dem verfügbaren Land höhere Erträge produzieren lassen. Also ist es Gewinn versprechend, sich möglichst schnell die besten Böden mit in der Nähe verfügbaren Wasservorräten anzueignen.

Vertreter aus dem Finanzsektor hoffen, dass Anbauflächen für Lebensmittel und für Biokraftstoff zur neuen Profitquelle werden.

In beiden Fällen sitzen private Unternehmer an den Schalthebeln. Zwar übernehmen bei der Ernährungssicherung die Regierungen die Initiative und machen politische Zielvorgaben, doch deren Erreichung erwarten sie von der Privatwirtschaft. Und die Suche nach Rendite ist das Geschäft von Privatinvestoren. Beides führt in dieselbe Richtung: Ausländische Konzerne sichern sich eine neue Art der Verfügungsgewalt über Anbauflächen und produzieren dort Lebensmittel, die nicht der einheimischen Bevölkerung zugute kommen. Kann man da noch behaupten, dass der Kolonialismus der Vergangenheit angehört?

Hinter Landkäufen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung steckt eine beachtliche Zahl von Ländern: in Asien sind es China, Indien, Japan, Malaysia und Südkorea, in Afrika Ägypten und Libyen, im Mittleren Osten Bahrain, Jordanien, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Seit März vergangenen Jahres sind ihre Vertreter auf der Suche nach fruchtbaren Anbauflächen unter anderem in Uganda, Brasilien, Kambodscha, Sudan und Pakistan unterwegs. Deren Regierungen freuen sich in der Regel über Angebote von zusätzlichen ausländischen Investoren.

Angesichts der anhaltenden Krise in Darfur, wo das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen rund 5,6 Millionen Flüchtlinge versorgen muss, erscheint es absurd, dass ausländische Regierungen im Sudan Land aufkaufen dürfen, um Lebensmittel zu

produzieren und dann zu exportieren. Aber es geschieht: Für 95 Millionen US-Dollar hat die saudische Firma Adco mehr als 10.000 Hektar in der Nähe des Nils nördlich von Khartum gepachtet und will schon im Frühjahr Weizen und Gemüse nach Saudi-Arabien liefern.

Die Landkäufer befinden sich in unterschiedlichen Ausgangspositionen. China kann sich weitgehend selbst mit Lebensmitteln versorgen, doch ist seine Bevölkerung riesengroß, die Anbauflächen werden zunehmend der industriellen Entwicklung geopfert und die Wasservorräte sind ernsthaft gefährdet. In der Volksrepublik leben 40 Prozent der Bauern weltweit, doch stehen ihnen nur 9 Prozent der weltweiten Anbauflächen zur Verfügung. Die Sicherung der Lebensmittelproduktion steht deshalb auf der Prioritätenliste der Kommunistischen Partei Chinas ganz oben.

Mit mehr als 1800 Milliarden US-Dollar Devisenreserven in der Tasche kann China es sich zudem leisten, im Ausland in seine Ernährungssicherheit zu investieren. In den vergangenen Jahren wurden rund 30 landwirtschaftliche Kooperationsverträge abgeschlossen, die chinesischen Firmen im Tausch gegen chinesische Technologien, Ausbildungsangebote und Mittel für den Ausbau von Infrastruktur Zugriff auf Anbauflächen in „befreundeten Ländern“ gewähren. Dies geschieht nicht nur in Asien, sondern auch in ganz Afrika.

Vor kurzem gab die chinesische Regierung die Übernahme einer Bürgschaft für 5000 Milliarden US-Dollar bekannt, die chinesische Konzerne über den neuen Chinesisch-Afrikanischen Entwicklungsfonds (CADF) im Laufe der nächsten fünfzig Jahre in die afrikanische Landwirtschaft investieren sollen. Der CADF ist ein privater Aktienfonds, bei dem die China Development Bank Anteile besitzt. Der größte Teil von Chinas landwirtschaftlichem Engagement im Ausland gilt dem Anbau von Reis, Sojabohnen und Mais sowie Nutzpflanzen für den Gewinn von Biokraftstoffen wie Zuckerrohr, Maniok und Hirse. China ist das Ursprungsland der Sojabohne und deren stärkster Verbraucher, doch importiert es heute 60 Prozent seines Soja-Bedarfs. Auch bei Mais wird China bald ein Netto-Einfuhrland sein. Beides ist unentbehrlich für Chinas expandierende Produktion von Fleisch und Milchprodukten.

Die Golfstaaten Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate stehen vor völlig anderen Problemen. Als Wüstenländer haben sie zu wenig fruchtbaren Boden und Wasser, um Nutzpflanzen anzubauen oder Vieh zu halten. Sie besitzen jedoch genug Öl und Geld, um sich von anderen Ländern mit Lebensmitteln versorgen zu lassen. Im Zuge der Lebensmittelkrise stiegen allerdings die Kosten für ihre Importe von acht auf zwanzig Milliarden US-Dollar jährlich. Als außerdem der Reinschub aus Asien ausblieb, fingen die Politiker der Golfländer zu rechnen an und kamen zu ein-

schneidenden Schlussfolgerungen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten, deren Bevölkerung zu 80 Prozent aus asiatischen Migranten besteht, deren Grundnahrungsmittel Reis ist, brach Panik aus. Unter der Schirmherrschaft des Golf-Kooperationsrats erarbeiteten sie eine gemeinsame Strategie zur Auslagerung der Lebensmittelproduktion. Sie wollen bevorzugt mit befreundeten islamischen Ländern Vereinbarungen treffen, nach denen sie Kapital und Öl liefern im Austausch für Garantien, dass ihre Konzerne Anbauflächen nutzen und die Ernten zurück in die Heimat exportieren dürfen. Laut Zeitungsberichten bietet Pakistan Saudi-Arabien „hunderttausende Hektar landwirtschaftliche Flächen“ an im Austausch für finanzielle Hilfe und Öl im Umfang von sechs Milliarden US-Dollar.

Mit 1800 Milliarden US-Dollar Devisenreserven kann China es sich leisten, im Ausland in seine Ernährungssicherheit zu investieren.

Während die Regierungen die Lebensmittelversorgung sichern möchten, wollen die Unternehmer Geld verdienen. Die Lebensmittelkrise in Verbindung mit der umfassenden Finanzkrise hat den Zugriff auf Ackerland für private Investoren attraktiv gemacht. Neu ist dabei das Bestreben, die direkte Kontrolle über Anbauflächen zu übernehmen. Dabei spielen vor allem zwei Branchen eine Rolle: die Lebensmittelindustrie und der Finanzsektor. „Für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre ist die Investition in Anbauflächen der beste Schutz vor der Rezession“, empfiehlt etwa Reza Vishkai, der Geschäftsführer der internationalen Investment-Firma Insight Investment.

Spekulation auf das Scheitern im Sudan

Im Nordsudan werden seit langem große Landgebiete an Geschäftsleute oder Günstlinge des Regimes vergeben. Nun gibt es den ersten Landverkauf unter zweifelhaften Umständen im Südsudan: Laut einem Bericht der „Financial Times“ hat sich dort der US-amerikanische Investor Philippe Heilberg Anfang Januar die Rechte auf 400.000 Hektar Land gesichert. Dafür erwarb er Mehrheitsanteile an einer Firma, die von Gabriel Matip geführt wird – dem Sohn von Paulino Matip, der während des Bürgerkriegs im Südsudan eine Miliz führte und lange von der Regierung des Nordsudan unterstützt wurde. Paulino Matip ist seit 2005 stellvertretender Armeechef des Südsudan. Heilberg spekuliert offenbar auf die fortdauernde Kontrolle des Kriegsherrn über das Operationsgebiet seiner Miliz während des Krieges.

Bislang gibt es kein Gesetz, das den Landbesitz im Südsudan klar regelt. Sudan-Experten und Mitglieder der südsudanesischen Regierung bezweifeln deshalb, dass Heilberg legale Rechte für das Stück Land in der Größe Dubais kaufen konnte. Den Investor selbst stört das nicht. Er vertritt laut „Financial Times“ die Ansicht, dass Staaten wie der Sudan, aber auch Nigeria, Äthiopien und Somalia in den nächsten Jahren auseinanderbrechen würden. Die politischen und juristischen Risiken, die er jetzt auf sich nehme, würden dann reich belohnt. Er sei auch in Kontakt mit Rebellen in Darfur, Dissidenten in Äthiopien und der somalischen Regierung. (gwo)

In der Lebensmittelbranche sind derzeit japanische und arabische Unternehmen aus Handel und Lebensmittelindustrie im Erwerb von Landwirtschaftsbetrieben im Ausland am aktivsten. Die Firmen aus dem Mittleren Osten schwimmen im Kielwasser ihrer Regierungen, die im Zeichen der Ernährungssicherung in anderen Ländern Kontakte knüpfen. Doch noch kräftiger langt die krisengeschüttelte Finanzindustrie zu. Die Lebensmittelkrise hat für viele Topmanager ein grundlegendes Problem sichtbar gemacht: Der Klimawandel, die Verschlechterung der Böden, die Gefährdung der Wasservorräte und die Tatsache, dass die Erträge beim Anbau in Monokulturen eine Obergrenze erreicht haben, bedrohen die künftige Lebensmittelversorgung der Erde stark. Infolgedessen muss für die Zukunft mit Engpässen auf den Märkten, hohen Preise und der Notwendigkeit, die Böden intensiver zu nutzen, gerechnet werden. Gleichzeitig ist die Finanzindustrie auf der Suche nach sicheren Anlagemöglichkeiten.

Auf diese Weise ist Ackerland zum angesagten neuen Spekulationsobjekt geworden. Im vergangenen Jahr waren Anlagebanker sowie Manager von Aktienfonds weltweit dabei, Farmland aufzukaufen. Sie wurden tatkräftig unterstützt von Institutionen wie der Weltbank und deren International Finance Corporation sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Alle bemühen sich, diesen Investitionen den Weg zu ebnen und die Regierungen dazu zu bringen, die für den Landbesitz relevanten Gesetze entsprechend anzupassen. In der Folge steigen die Bodenpreise und verstärken dadurch noch den Druck, nichts zu verpassen.

Die Deutsche Bank und Goldman Sachs etwa sind dabei, die Kontrolle über die chinesische Viehzucht zu übernehmen. Während Ende September 2008 alle Welt gespannt auf das Geschehen an der Wall Street blickte, brachten sie ihr Geld in den größten Schweinezuchtbetrieben, Geflügelfarmen und Fleischverarbeitungsfabriken Chinas unter – Rechtsansprüche auf Farmland inbegriffen. Die New Yorker Firma BlackRock Inc., eines der weltgrößten Geldinstitute mit einer Bilanzsumme von fast 1,5 Milliarden US-Dollar, hat einen Landwirtschafts-Hedge Fonds von 200 Millionen Dollar eingerichtet, von denen 30 Millionen dazu dienen sollen, rund um die Welt Farmland aufzukaufen.

Morgan Stanley – knapp davor, sich unter den vom amerikanischen Finanzministerium angebotenen Schutzschirm gegen die Finanzkrise zu flüchten – kaufte unlängst 40.000 Hektar Farmland in der Ukraine. Doch das sind kleine Fische im Vergleich zu den 300.000 Hektar ukrainischer Anbauflächen, auf die die russische Anlagebank Renaissance Capital Ansprüche erworben hat. Der Boom bei den Landkäufen zeigt, dass Regierungen nicht mehr darauf vertrauen, dass der Weltmarkt ihren Bedarf an Lebensmitteln befriedigen kann. Sie glauben schlicht nicht mehr, dass die während der vergangenen vier Jahr-



Reisparzellen auf Madagaskar. Kleinbauern bekommen hier mächtige Konkurrenz: Eine südkoreanische Firma hat sich auf der Insel 1,3 Millionen Hektar Land gesichert.

PICTURE-ALLIANCE/MAXPPP

zehnte von den westlichen Wirtschaftsberatern gepriesenen offenen Märkte und der Freihandel ihre Aufgabe erfüllen. Die arbeitende Bevölkerung – Bauern und ländliche Gemeinden – werden den Zugang zu Land, auf dem Lebensmittel für den eigenen Verbrauch angebaut werden können, zwangsläufig verlieren. Die Voraussetzung für die Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung ist im Begriff, verscherbelt zu werden. Dabei ist das wesentliche Problem der derzeitigen Landkäufe noch nicht einmal, dass die Kontrolle über die einheimischen Böden ausländischen Firmen überlassen wird. Sondern es ist die damit verbundene Umstrukturierung. Denn ob es sich um die Äcker von Kleinbauern oder um Wälder handelt, diese Anbauflächen sollen in große industriell betriebene Ländereien umgewandelt werden, die für weit entfernte Absatzmärkte produzieren. Mit oder ohne Job – die Bauern werden nie mehr wirkliche Bauern sein. Das ist wohl die gravierendste Auswirkung des Ganzen.

Kaum jemand wird leugnen, dass in die Landwirtschaft stärker investiert werden muss. Aber in welche Art von Landwirtschaft? Wer wird über diese Investitionen entscheiden und wer wird ihr Nutznießer sein? Nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die Gewinne aus den ausgelagerten landwirtschaftlichen Transaktionen werden in andere Länder fließen. Zur Überwindung der Lebensmittelkrise werden diese Geschäfte nicht zwangsläufig beitragen. Und den Menschen vor Ort werden sie nicht unbedingt Entwicklungsfortschritte bringen. Farmland an andere Länder abzutreten, wird zudem für den Kampf um eine echte Landreform und mehr Rechte für die einheimische Bevölkerung vielerorts einen

Rückschlag bedeuten. Nach einem Bericht der Kuwait News Agency schlagen pakistanische Bauernorganisationen bereits Alarm, weil 25.000 Dörfer umgesiedelt werden müssen, wenn der Plan des Emirats Katar, einen Teil seiner Lebensmittelproduktion in die Provinz Punjab zu verlegen, durchgesetzt wird. Im indonesischen Bezirk Merauke ist ein saudischer Reisanbaubetrieb geplant, wo ein Konsortium von 15 Firmen 1,6 Millionen Hektar Land übernehmen soll, um Reis für den Export nach Riad zu produzieren. Wie die indische Zeitschrift „Down to Earth“ berichtet, wird der dortigen papuanischen Bevölkerung wohl nicht das Recht zugestanden, das Projekt abzulehnen.

Diese Geschäfte werden ferner die Exportorientierung der Landwirtschaft verstärken. Das tut den meisten der betroffenen Länder nicht gut. Gerade weil in es den vergangenen Jahrzehnten eine starke Tendenz gab, Lebensmittel für den Export statt für die einheimischen Märkte zu produzieren, traf die Lebensmittelkrise von 2007/08 viele Menschen vor allem in Asien und Afrika so hart. Nicht alle können sich die für den Weltmarkt vorgesehenen Lebensmittel leisten, umso weniger, als die meisten Reallöhne in den vergangenen Jahren nicht gestiegen sind. Zwar sehen manche Abkommen für Landverkäufe vor, dass ein Teil der zu produzierenden Lebensmittel für die ortsansässige Bevölkerung bestimmt ist. Manche enthalten sogar zusätzlich Pläne für den Bau von Krankenhäusern und Schulen. Dennoch treiben sie das Modell der industrialisierten Landwirtschaft voran, das Menschen arm macht und die Umwelt zerstört.

Aus dem Englischen von **Anna Latz**.



GRAIN

ist eine internationale nichtstaatliche Organisation, die für nachhaltige und artgerechte Landwirtschaft eintritt. Sie unterstützt Bauern im Kampf gegen Privatisierungen und setzt sich dafür ein, dass sie traditionelles Wissen nutzen und die Kontrolle über genetische Ressourcen behalten.